

## **Bericht der Landesregierung**

betreffend den Tätigkeitsbericht des Salzburger Patientinnen- und Patientenentschädigungsfonds für das Jahr 2019

Mit Schreiben vom 15. Juli 2020 wurde dieser Bericht der Landesregierung über den Tätigkeitsbericht des Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds für das Jahr 2019 dem Landtag mit der Bitte um Veranlassung der parlamentarischen Behandlung zugeleitet.

Der Bericht ist elektronisch allen Landtagsparteien zugegangen. Dieser enthält Informationen über folgende Angelegenheiten:

1. 24 Jahre Salzburger Patientenvertretung
2. Einrichtung der ELGA-Ombudstelle Standort Salzburg
3. Unabhängige Schlichtungsstelle der Salzburger Patientenvertretung/Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds - Fallstatistik
4. Beratung und Errichtung von Patientenverfügungen
5. Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds 2019
6. Öffentlichkeitsarbeit/Veranstaltungen/Fortbildung
7. Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen und Einrichtungen des Gesundheitswesens
8. Mitarbeit in Gremien/Kommissionen
9. Zusammenfassung, Resümee und Ausblick

Weiters ist auszuführen, dass das Salzburger PatientInnenentschädigungs-Gesetz (PEG) mit 1. Juni 2002 in Kraft getreten ist (Gesetz vom 24. April 2002, LGBl. Nr. 59, vom 2. Juli 2002, Gesetz über die Leistung von Entschädigungen im Zusammenhang mit medizinischer Behandlung in Salzburger öffentlichen oder privaten gemeinnützigen Krankenanstalten). Ziel dieses Gesetzes ist es, die Abgeltung jener Schäden sicherzustellen, die an Personen in Salzburger öffentlichen und privaten gemeinnützigen Krankenanstalten durch die ambulante oder stationäre Untersuchung, Behandlung oder Nichtbehandlung in diesen Krankenanstalten entstanden sind, wenn eine Haftung des Rechtsträgers der Krankenanstalt nicht eindeutig gegeben ist.

Der Salzburger Patientenentschädigungsfonds ist seit 2001, auf der Grundlage des Salzburger Patientenentschädigungs-Gesetzes, eingerichtet. Im Berichtszeitraum wurden 37 Patientinnen und Patienten entschädigt. Im Jahr 2019 wurden Entschädigungen in der Gesamthöhe von € 364.150,-- zugesprochen.

Im Übrigen wird auf den ausführlichen Bericht mit den tabellarischen Darstellungen verwiesen, welcher den Landtagsparteien zugegangen ist.

Die Landesregierung stellt sohin den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der Tätigkeitsbericht des Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds für das Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Bericht wird dem Finanzüberwachungsausschuss zur Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.